Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 22

Artikel: Die wirtschaftlichen Hintergründe

Autor: Schmidt, Ernö

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077236

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die wirtschaftlichen Hintergründe

Von Ernö Schmidt

Die ungarischen Kommunisten, die nach dem Krieg mit sowjetischer Hilfe in ihr Land zurückkehrten, hatten bereits einen festen Plan zur Gleichschaltung der Wirtschaft. Da aber die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht kommunistisch gesinnt war, mussten die tatsächlichen Zielsetzungen der KP vorerst verheimlicht werden. (Vergleiche dazu die Rakosi-Rede, Seite 2.)

Täuschung zum Auftakt

In diesem Sinne setzte sich die Partei denn auch für die Verwirklichung der Agrarreform, nämlich die Errichtung bäuerlicher Einzelwirtschaften, ein, obwohl die marxistisch-leninistische Theorie sie entschieden ablehnt. Unter dem KP-Einfluss wurde aber nicht die Zahl der lebensfähigen Mittelwirtschaften, sondern die der nichtlebensfähigen Zwergbauern erhöht, da man diese später leichter in eine Landwirtschaftliche Produktions-Genossenschaft (LPG = Kolchos) zu pressen hoffte als die Mittelbauern. Die Aufteilung des Grossgrundbesitzes zwecks Milderung der sozialen Spannung interessierte dagegen die KP nur taktisch, da sie selber einen staatlichen Grossgrundbesitz anstrebte. Unter solchen Umständen wurde diese wirtschaftlich so entscheidende Reform, auf Druck der von der sowjetischen Besatzungsmacht tatkräftig unterstützten KP, bereits in sechs Wochen abgeschlossen.

Gleichzeitig begann man, die Verstaatlichung von Industrie und Banken vorzubereiten. Die Ueberführung der Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum ist eine grundlegende These des Marxismus-Leninismus. Sie ist schrittweise, aber restlos zu verwirklichen. Da aber Ungarn bis Ende 1948 noch ein Mehrparteienstaat war, wo die KP bei den ersten und letzten freien Wahlen (4. November 1945) trotz aller Hilfe der Roten Armee nur 17 Prozent der Stimmen erhalten hatte, war die Partei genötigt, auf Grund eines zeitlich gestaffelten Planes vorzugehen. Zuerst verlangte sie nur die Verstaatlichung der Kohlenindustrie (26. Juni 1946), dann folgten die Schwerindustrie (28. November 1946), die Banken (4. Dezember 1947) usw. Nach der kommunistischen Machtergreifung (1948) verschwanden bis Ende 1949 alle noch vorhandenen Ueberreste der Privatwirtschaft. Das Vorgehen der Verstaatlichungskommissionen war in vielen Fällen brutal und mag zum Vergleich mit dem gegenwärtigen Verhalten der Roten Garde in China anregen.

Alles für die Schwerindustrie ...

Damit waren mit Ausnahme des Agrarsektors alle übrigen Sparten der Wirtschaft gleichgeschaltet, so dass dem sozialistischen Aufbau nichts mehr im Wege stand. Zum Leitfaden der ungarischen Wirtschaftspolitik wurde die unterwürfige Nachahmung der sowjetischen Methoden, ungeachtet dessen, ob sie für ungarische Verhältnisse geeignet waren oder nicht. Entsprechend der kommunistischen Theorie, wonach alle Agrarstaaten in Industrieländer umgewandelt werden müssen, stellte auch die ungarische Regierung die Errichtung einer leistungsfähigen Schwerindustrie in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik, obwohl die Vorbedingungen dazu infolge des Mangels an Roh- und Brennstoffen nicht gegeben waren.

Im ersten Fünfjahresplan (1950—54) des Landes waren 36 Prozent der Investitionen für die Schwerindustrie vorgesehen. Aber schon im Jahre 1951 erhöhte der 2. Parteikongress diesen Anteil auf 46,2 Prozent. Zur gleichen Zeit erfuhr der ohnehin schon äusserst kleine Investitionsanteil der Konsumgüterindustrie eine Verminderung von 6 auf 4 Prozent.

... und nichts für die Landwirtschaft

Noch mehr vernachlässigt wurde indessen die für Ungarn so wichtige Landwirtschaft, da die Partei kein Interesse daran hatte, den damals noch überwiegend privat wirtschaftenden Bauern irgendwelche Unterstützung zu gewähren. Als Folge der Kriegshandlungen verfügten damals weder die alte noch die durch die Agrarreform geschaffene neue Bauernschicht über Betriebskapital oder die nötigen Ausrüstungen. Dennoch sah der 1. Fünfjahresplan für diesen Wirtschaftszweig nur 16 Prozent der Investitionen vor, wobei deren überwiegender Teil nicht einmal den Bauern, sondern der Finanzierung von Staatsgütern und LPGs zugute kommen sollte.

Die ungarischen Bauern lehnten die Idee der Produktionsgenossenschaften restlos ab, was das Zentralkomitee zum Versuch veranlasste, die vollkollektivierte «sozialistische Landwirtschaft» mit Gewalt zu verwirklichen. Damit wurde aber die Unehrlichkeit und Doppelzüngigkeit der Partei auch dem kleinen Mann offenkundig, denn man erinnerte sich noch genau an die Erklärungen, in denen die höchsten Parteiführer versprochen hatten, den privatbäuerlichen Grundbesitz für immer zu respektieren. So hatte u. a. der KP-Chefideologe Jozsef Revai noch Mitte 1947 in der parteiamtlichen Tageszeitung «Szabad Nep» (18. August 1947) geschrieben, dass die Partei fest entschlossen sei, «das bäuerliche Privateigentum zu festigen». Rakosi selbst erklärte noch 1948 auf einer Versammlung in der südungarischen Stadt Mezöhegyes, dass zwar reaktionäre Elemente die Bauernschaft mit dem Gespenst der Verstaatlichung beunruhigten, die Bauern jedoch gewiss sein könnten — Rakosi fügte dies mit erhobener Stimme hinzu —, «dass wir ihren Boden und ihr Privateigentum mit allen Kräften beschützen werden» («Nepszava», 27. April 1948).

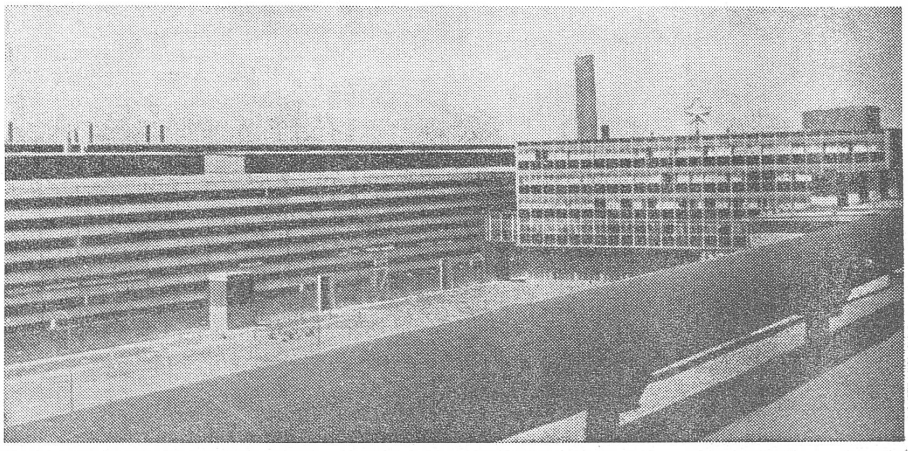
Brutalität

Einige Monate nach diesen Beteuerungen tat die Partei das genaue Gegenteil dessen, was sie zuvor versprochen hatte. (Vergleiche dazu die Rakosi-Rede, Seite 2.) Um den Widerstand der Bauern gegen die LPG-Gründungen zu brechen, wurde die berüchtigte politische Polizei (AVH) eingesetzt, die mit ihren brutalen Massnahmen den Anteil der Einzelbauern am Ackerboden bis 1953 auf fast die Hälfte des Bestandes von 1949 reduzierte.

Dem sowjetischen Vorbild entsprechend ging man am schärfsten gegen die Grossbauern, die sogenannten «Kulaken», vor. Sie wurden nicht nur enteignet, sondern auch eingekerkert, in Arbeitslager gesteckt und von der AVH unmenschlich gefoltert. Die konfiszierten Grundstücke aber wurden auf Anweisung des Zentralkomitees niemandem — nicht einmal den LPGs — zugeteilt, sondern als «Reserveboden» zurückbehalten und folglich unbebaut belassen. Der gegenwärtige Staatspräsident, Istvan Dobi, schätzte in der Agrarzeitung «Szabad Föld» (22. März 1964) den Umfang dieser Landreserve auf 570 000 Hektaren.

Das stalinistische Fiasko ...

Diese unverantwortliche und nur auf politische Ueberlegungen beruhende Wirtschaftspolitik der Partei brachte schon nach kurzer Zeit katastrophale Folgen. Durch die einseitige Bevorzugung der mengenmässigen Produktion ging die Qualität der Erzeugnisse zurück, die Produktivität sank, und die Selbstkosten nahmen zu. Nach Angaben der gegenwärtigen Fachliteratur



Zu Rakosis Zeiten begonnen und 1965 (nach etlichen Planumstellungen) beendet: Das Kaltwalzwerk des Donau-Eisenkombinats von Dunaujvaros, dessen vorübergegangener Name «Stalinvaros» von der Bevölkerung noch dann und wann gebraucht wird, weil er leichter auszusprechen ist. Die Rohstoffe kommen aus der Sowjetunion.

in Ungarn wurden Investbauten ohne entsprechende Unterlagen begonnen und nachher wieder abgetragen, Drehbänke auf Grund unkontrollierter Vorlagen in Serienproduktion genommen, was zu Ausschussproduktion führte, usw.

Die schlimmsten Folgen aber ergaben sich aus der bauernfeindlichen Politik der Partei: die Agrarproduktion stagnierte, und was erzeugt wurde, musste als Gegenleistung für die Rohstoffversorgung der Industrie exportiert werden. Es entstand ein drückender Lebensmittelmangel, weshalb die bereits *vor* der kommunistischen Machtergreifung abgeschaffte Lebensmittelrationierung (Mehl, Zucker, Fett, Seife usw.) am 1. 1. 1951 wieder eingeführt wurde. Die Partei, für diese Ereignisse allein verantwortlich, konnte in der Presse dem Volk nur noch den Rat geben, weniger zu essen, denn «wir dürfen unsere Zukunft nicht auffressen».

Als Ergebnis dieser praktischen Anwendung der marxistisch-leninistischen Wirtschaftstheorie sank der Lebensstandard rasch ab, und die Reallöhne der Arbeiter lagen 1952 um 20 Prozent unter dem Niveau des Jahres 1949 (M. Lacko und B. Szabo: «Husz ev» — «Zwanzig Jahre» —, Budapest 1965, Seite 38), obwohl man ihnen bis zum Ende des Fünfjahresplanes (1954) eine Erhöhung der Reallöhne um 50 Prozent versprochen hatte. Alle diese aus ungarischen Quellen stammenden Angaben beweisen, wie wenig die Partei *nach* der Machtergreifung an den Lebensstandard der Werktätigen dachte, da sie sich nur um den Ausbau ihrer eigenen Machtposition kümmerte.

... in nachstalinscher Auflage

Der Tod Stalins brachte zunächst eine Wendung in der ungarischen Wirtschaftspolitik. Der in Moskau eingeschlagene gemässigtere Kurs wirkte sich sofort auch auf das Verhalten der Budapester Parteileitung aus, die sich nun gezwungen sah, den ehemaligen Landwirtschaftsminister Imre Nagy zum Ministerpräsidenten zu ernennen. In seiner Antrittsrede rechnete Nagy unter dem Jubel der Bevölkerung mit der bisherigen Politik des Zentralkomitees entschieden ab und kündigte die Wiedergutmachung der begangenen Ungerechtigkeiten an.

Das stalinistische Zentralkomitee und der gleichgesinnte Parteiapparat wollten aber ihre Fehler nicht einsehen und sabotierten die Reformassnahmen der neuen Regierung auf jeder Ebene, so dass sich die wirtschaftliche Lage nicht bessern konnte.

Nach dem Sturz von Malenkow (8. Februar 1955), dem bisherigen sowjetischen Protektor von Imre Nagy, sah das Zentralkomitee die Zeit für gekommen, sich des unangenehmen Reformers zu entledigen. Nagy wurde aller seiner Aemter enthoben, sein Wirtschaftsprogramm als Revisionismus verurteilt und die Wirtschaftspolitik wieder auf das stalinistische Geleise umgestellt. Arbeiter und Bauern mussten mit Erbitterung feststellen, dass mit der Rückkehr der Stalinisten (die grösstenteils auch heute noch leitende Wirtschaftsposten bekleiden) jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft und eine menschlichere Behandlung zunichte gemacht worden war. Diese Erkenntnis hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich gerade die Arbeiter und Studenten an die Spitze der Volkserhebung stellten und gegen die sowjetische Intervention Widerstand leisteten. ■

Die Sowjettruppen in Ungarn

«Was den Abzug der sowjetischen Truppen betrifft, so wird er mit Ausnahme einiger Rakosi-Anhänger von allen gewünscht. Es gibt keinen ungarischen Patrioten, der Gefallen daran fände, dass sowjetische Panzer durch die ungarische Hauptstadt donnern.»

Diese Erklärung von Ministerpräsident Janos Kadar wurde am 14. November 1956 im Parteiorgan «Nepszabadsag» veröffentlicht, und Radio Budapest strahlte sie am selben Tag um 9 und 10 Uhr in die Welt aus.

Am 19. November sagte Schepilow vor der UNO-Vollversammlung, dass nach einer Vereinbarung mit der ungarischen Regierung die Sowjettruppen aus Budapest zurückgezogen würden, sobald wieder normale Bedingungen in der Hauptstadt hergestellt seien.

Seither sind fast zehn Jahre vergangen, aber es gibt noch kein Anzeichen dafür, dass die sowjetischen Besatzungstruppen das Land verlassen wollen. Im Gegenteil dementierte noch am 2. August dieses Jahres Parteichef Kadar energisch die Gerüchte über einen bevorstehenden Abzug der Sowjetstreitkräfte.

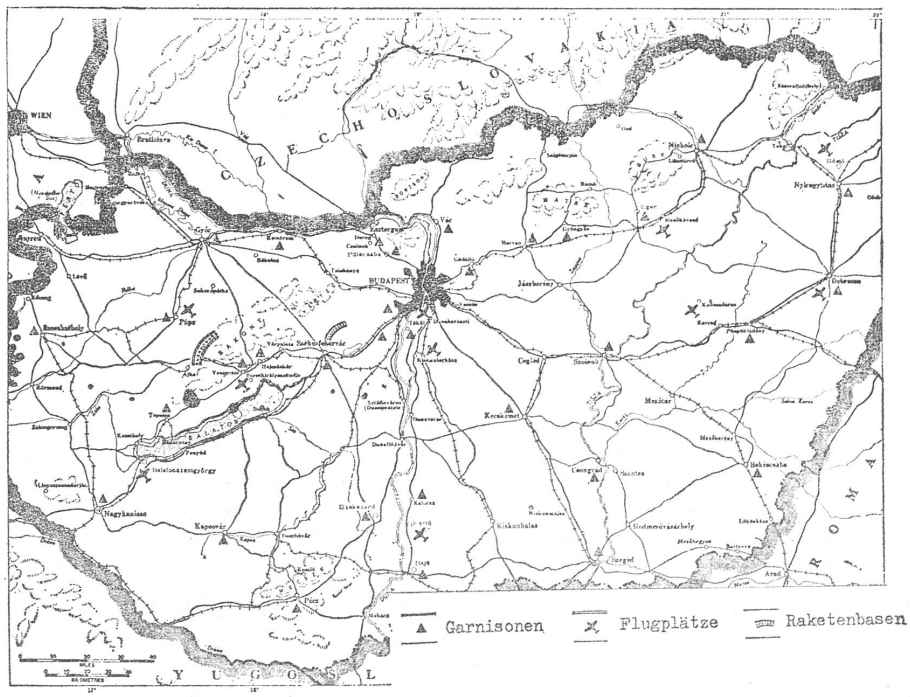
«Alte Bekannte»

Das ungarische Volk hatte schon früher bittere Erfahrungen mit den russischen Armeen gemacht. Der grosse ungarische Freiheitskampf von 1848 wurde mit Hilfe des zaristischen Militärs niedergeschlagen, und in den letzten zwanzig Jahren drang die Sowjetarme dreimal in grösseren Einheiten in das Landesgebiet ein. Zunächst kamen sie bei den Kämpfen des Zweiten Weltkrieges als Befreier und liessen sich als solche feiern. Aber bald machten sie das Leben der Bevölkerung unsicher. So wurde der Bischof von Raab, Msgr. Vilmos von Apor, am Karfreitag 1945 von russischen Soldaten ermordet, weil er ihnen den Weg versperrte, als sie die im Keller des bischöflichen Hauses versteckten Mädchen verschleppen wollten.

Der Oberkommandierende der Sowjettruppen in Ungarn, General Swiridow, tat sein Bestes, um die Kommunisten an die Macht zu bringen, die mit der Sowjetarmee und mit sehr klaren Anweisungen aus Moskau nach Ungarn einmarschiert waren. (Vergleiche dazu den «Nogradi-Bericht», Seite 3.)

Später wurde die ständige Besatzungsmacht durch die etwa 35 000 Mann verstärkt, die im Mai 1955 nach dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrages nach Ungarn zurückgezogen wurden. Ihr Aufenthalt wurde mit dem soeben abgeschlossenen Warschauer Pakt legalisiert, dem Ungarn am 15. Mai beigetreten war. Diese Einheiten haben später Moskau zur Niederwerfung des Freiheitskampfes wichtige Dienste erwiesen. Sie wurden bereits vor Ausbruch des Aufstandes in Alarmzustand versetzt und mehr oder weniger erfolgreich gegen die Revolutionäre mobilisiert.

Wie unpopulär die Anwesenheit dieser Truppen in Ungarn war, zeigte sich etwa in den Forderungen der ungarischen Studenten, wo unter den 16 Punkten an erster Stelle zu lesen war: «Wir for-



Die sowjetischen Militärstützpunkte in Ungarn.